

Niederschrift zur 48. Sitzung des Beirates am Donnerstag, den 12. Februar 2015 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.00 Uhr

Vorsitzender: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Zilm

Tagesordnungspunkte:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 46. Sitzung vom 11. Dezember 2014
3. Bebauungsplan 1247 – Aumunder Wiesen ca. 18:30 Uhr
Abgabe einer Stellungnahme des Beirates als Träger öffentlicher Belange
4. Parkplatzsituation am Hafen ca. 20:00 Uhr
5. Sachstand Markthalle ca. 20:45 Uhr
6. Anträge und Anfragen der Parteien
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Mitteilungen der Beiratssprecherin
9. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker	Schulte im Rodde, Christoph ab 19.00 Uhr
Sulimma, Wilfried	Pörschke, Thomas
Tienken, Volker	Buchholz, Rainer
Riebau, Joachim	Frenzel, Greta
Sprehe, Heike	Scharf, Detlef
Jäckel, Gabriele	Degenhard, Cord
Keßenich, Gundram	Sonnekalb, Ralf
Kurt, Sabri	Kiener, Günter

Weitere Teilnehmer:

Herr Lemke	Stadtplaner
Herr Kreikenbaum	Landschaftsplaner
Herr Böhland	Feuerwehr
Herr Flottau	Wirtschaftsförderung Bremen
Herr Voß	Polizei

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Ein Änderungswunsch zur Tagesordnung liegt vor, Top 4 (Parkplatzsituation am Hafen) wird vor dem Top 3 (BPlan 1247) behandelt.

Herr Degenhard kritisiert diese kurzfristige Änderung und äußert den Verdacht, dass nicht so viele Betroffene bei der Diskussion anwesend sein sollten. Der Vorsitzende erklärt, dass die Änderung im Vorfeld kommuniziert wurde. Alle Beteiligten wurden direkt und die Öffentlichkeit über die Presse informiert.

Anschließend verliest der Vorsitzende einen Brief der Senatorin für Soziales, in dem dringend um privaten Wohnraum für Flüchtlinge gesucht wird. Das Kontaktformular für Wohnraumanbieter wird auf der Homepage des Ortsamtes veröffentlicht.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegt ein schriftlicher Antrag vor.

Eine Bürgerin bittet darum, die Ecke Borchshöher Straße – Borchsholt zu entschärfen. Es kommt oft zu Gefahrensituationen, wenn Fahrzeuge aus der Straße Borchsholt in die Borchshöher Straße abbiegen wollen, da parkende Fahrzeuge die Sicht versperren. Außerdem wird die Vorfahrtsregelung von den von links kommenden Fahrzeugen missachtet.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift der 45. Sitzung vom 13. November 2014

Die Niederschrift wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Parkplatzsituation am Hafen

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Flottau, Herrn Böhland und Herrn Voß. Außerdem begrüßt er im Publikum Herrn Krause, den 1. Vorsitzenden des MTV Nautilus, Herrn Körner (BV2 Betreibergesellschaft), Frau Voigt (Spicarium), Frau Krohne (MTV Nautilus / Antragstellerin) und Frau Rüffer (Antragstellerin) und weitere interessierte Bürger.

Der Vorsitzende führt in das Thema ein, indem er die Historie darlegt, wie es zur jetzigen Situation am Hafen kam.

Am 21.10.2010 wurde von der CDU-Fraktion der Antrag gestellt, die Parksituation im Bereich des Vegesacker Hafens zu regeln. Der Verkehrsausschuss hat sich am 17.7.2012 mit diesem Thema befasst. Damals gab es eine öffentlich angekündigte Ortsbegehung unter Beteiligung der relevanten Hafennutzer, für den MTV Nautilus hat Frau Krohne teilgenommen. Nach anschließender Beratung wurde damals folgender Beschluss einstimmig gefasst:

„Die Zufahrtsmöglichkeiten zum Gebiet des Vegesacker Hafens mit dem Alten Hafenspeicher, dem Museumshafen und dem Hafenwald werden auf eine Zufahrt reduziert. Eine Anfahrt zum Be- und Entladen in dieses Gebiet wird nur noch über die Einfahrt am Alten Hafenspeicher/Spicarium möglich sein. Die Zufahrt wird durch einen Klapppfahl eingeschränkt. Lediglich die Anlieger erhalten einen Schlüssel für diesen Pfahl. Nach ca. 1,5 Jahren werden die Erfahrungen evaluiert. Sollte sich das Verfahren nicht bewähren, sind ggf. andere Maßnahmen einzuleiten.“

Die Umsetzung ist noch nicht eineinhalb Jahre her, nun liegt dem Beirat ein Antrag des MTV Nautilus und einer Bürgerin vor, die Parksituation für die Vereinsmitglieder zu verbessern.

Herr Flottau erklärt, dass die Fläche, bevor die Pfeiler gesetzt wurden, total dichtgeparkt wurde und die Feuerwehr beklagte, dass ein Durchkommen im Falle eines Brandes nicht mehr möglich sei. Der Bebauungsplan weist in diesem Bereich einen Fußgängerbereich aus. Die ursprünglichen Pfähle, die mit einem handelsüblichen Dreikantschlüssel entfernt werden konnten, wurden durch Pfähle mit Feuerwehrschießung ersetzt. Die Anlieger, das Spicarium, der MTV Nautilus, die Firma, die für den Hochwasserschutz zuständig ist und das Hafenmeisterhaus haben jeweils einen Schlüssel bekommen. Jeder, der Anlieger ist, hat die Möglichkeit auf das Grundstück einzufahren.

Herr Böhland erläutert, dass die Feuerwehr im Bedarfsfall darauf angewiesen ist, komplett um das Haven Hööv't fahren zu können. Der Einsatz von Pfählen mit Feuerwehrschießzylinder ist ein Novum, normalerweise reichen Pfähle mit Dreikantschlüsseln. An diesem Standort

verschwanden die Pfähle immer wieder im Hafenbecken. Die beschränkte Schlüsselgewalt ist also gewollt und notwendig, um im Notfall schnell eingreifen zu können.

Herr Voß ergänzt, dass die Überwachung in dem Bereich sehr schwierig war. Die Situation hat sich, seit dem die Pfähle dort stehen, deutlich entschärft. Er hofft nicht, dass es nun auf Grund der Beschwerden eine inflationäre Schlüsselvergabe gibt, denn dann wird es in Zukunft wieder die gleichen Probleme geben, wie früher.

Herr Scharf fragt nach, wer als Anlieger gilt und ob auch Schiffseigner gemeint sind.

Herr Flottau erklärt, dass die Hafenmeisterin mit dem Hafenmeisterhaus, der MTV Nautilus und das Spicarium als Anlieger gelten und jeweils einen Schlüssel haben.

Die Schiffseigentümer haben nach wie vor die Möglichkeit, direkt an der Seite am Haven Hööv't am Hafenbecken ihr Fahrzeug abzustellen, wenn sie an ihrem Schiff arbeiten. Seit Ende letzten Jahres wurde in Abstimmung mit dem Museumshafenverein eine Sondererlaubnis ausgegeben, wovon je drei Stück im Bereich der Hafenmeisterin und beim Museumshafenverein liegen.

Herr Degenhard erinnert daran, dass bauordnungsrechtlich alle Einrichtungen Parkplätze nachweisen müssen und die öffentliche Hand auch nicht davon befreit ist. Er ist der Meinung, dass weder für das Hafenmeisterhaus, das Nautilushaus und das Spicarium Parkplätze ausgewiesen wurden.

Herr Flottau informiert, dass für das Spicarium und das Hafenmeisterhaus in der Nähe des Hotels Havenhaus Parkplätze nachgewiesen wurden. Für das Nautilushaus wurde ebenfalls eine Regelung getroffen.

Frau Sprehe erinnert daran, dass es innerhalb von Bremen viele öffentliche Einrichtungen gibt, die über eine wesentlich schlechtere Parkplatzsituation verfügen. Außerdem macht sie darauf aufmerksam, dass es sich um einen Fußgängerbereich handelt. Sie schlägt vor, über die Schlüsselverfügbarkeit eine Lösung zu suchen.

Herr Pörschke erklärt, dass er sich über den Brief von Anfang Dezember sehr geärgert hat. Er fragt, ob an den MTV Nautilus nicht mehr Schlüssel ausgegeben werden könnten. Er bemängelt, dass das Parkhaus am Haven Hööv't nicht ausreichend beschildert ist, weil die Parkdecks unterschiedliche Öffnungszeiten haben. Es passiert immer wieder, dass Besucher des Kito auf dem falschen Deck parken und abends ihre Fahrzeuge nicht mehr herausbekommen, wenn die Veranstaltungen später enden.

In dem besagten Brief des MTV Nautilus wird erklärt, dass es immer weniger Menschen gibt, die im Verein aktiv werden wollen, weil sie die Parkgebühren zu teuer finden. Herr Pörschke schlägt dazu vor, dieses Problem über Aufwandsentschädigungen zu regeln.

Er hält es für wichtig, schon in der Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen, wo Gäste von Veranstaltungen Parkmöglichkeiten finden und was es kostet.

Herr Scharf, hält den Weg über die Aufwandsentschädigungen nicht für günstig. Das könnte so einen Verein überfordern. Er schlägt vor, dass die Mitglieder des MTV Nautilus ebenfalls eine Sondergenehmigung erhalten könnten, dann wäre das Problem gelöst.

Herr Flottau geht davon aus, dass die Mitglieder des MTV Nautilus bis direkt an das Gebäude heranfahren möchten, dass würde nur mit einem Schlüssel gehen.

Herr Körner, Vertreter der Vegesack Logger BV2 GmbH, erklärt, dass sich im Keller des Nautilushauses das Lager befindet. Z.B. müssen die Wäschelieferanten im Sommer mehrmals wöchentlich an das Haus herankommen. Ihm ist es wichtig, dass man an das Haus heran kann, es geht nicht um das Parken.

Herr Böhland erklärt, dass die Feuerwehr nur äußerst ungern Schlüssel ausgibt. Er schlägt vor, eine Doppelschließung einzurichten. Dann könnte das Nautilushaus mehrere Schlüssel ausgeben, aber wenn dann ein Pfeiler fehlen würde, wäre der Betreiber des Nautilushauses verantwortlich.

Herr Flottau hält die Möglichkeit für denkbar, die Frage wäre aber, wer die Kosten dafür übernimmt. Er erinnert daran, dass die jetzige Lösung vorab mit dem Vereinsvorsitzenden abgeklärt wurde.

Herr Krause hat das Gespräch anders in Erinnerung, er wurde nur gefragt, wer den einen Schlüssel bekommen solle. Er ergänzt die Ausführungen von Herrn Körner. Er hält die Schiffseigner auch für Anlieger des Hafens. Zwei Schiffe werden von der Betreibergesellschaft betrieben. In der Zeit, wenn die Schiffe von Ehrenamtlichen instand gesetzt werden und an die Schiffe heranfahren müssen werden sie innerhalb von 10 Minuten von der Hafenmeisterin verscheucht. In den Fahrzeugen lagern Werkzeuge und Materialien, die nicht jedes Mal hin und her getragen werden können. Die Helfer müssten Berechtigungskarten haben, damit die Ehrenamtlichen dort parken können.

Die beiden Schiffe von BV2 liegen im Sommer in der Ostsee und werden verchartert. Bei Belegwechsel muss die Belegschaft an das Lager herankommen, um den Materialwechsel vornehmen zu können. Er bittet darum, einen Schlüssel an zentraler Stelle zu deponieren, damit alle Berechtigten unkompliziert daran kommen. Er fordert eine praktikable und schnelle Lösung für alle Anlieger.

Frau Krohne behauptet, nicht bei der Begehung und der Sitzung des Verkehrsausschusses am 17.7.2012 dabei gewesen zu sein. Sie fragt, ob man nicht eine Schranke mit einer Chipkarte einrichten könnte. Außerdem schlägt sie vor, das Freigelände am Haven Hööv't für Anlieger freizugeben.

Bürger 1 kümmert sich seit 8 Jahren um das Lager der BV2 Gesellschaft. Er ist mindestens 4 Tage pro Woche am Lager beschäftigt und findet es zu aufwendig, wenn man die Pfähle jedes Mal ab- und aufbauen muss.

Herr Riebau ist oft am Haven Hööv't unterwegs und hält die Situation dort für nicht tragbar, weil dort zu viele Autos unterwegs sind oder auch parken.

Herr Degenhard ist überzeugt, dass genügend Parkflächen vorhanden wären, wenn man nur wollte. Auf dem ehemaligen Grundstück C sollte eine Parkmöglichkeit für Mitarbeiter und Besucher der Einrichtungen am Ort geschaffen werden, solange das Grundstück nicht anders genutzt wird.

Herr Beringer befürchtet, dass immer mehr Fahrzeuge dort parken würden, wenn man jetzt Ausnahmen zulassen würde. Für den Tourismus wäre es nicht zuträglich, wenn der Hafen wieder zugeparkt werden würde.

Herr Kiener findet die Parkhäuser für Besucher akzeptabel, für die Anlieger die ein berechtigtes Interesse haben, sollte die Möglichkeit mit Schlüssel und Berechtigungskarte angeboten werden. Eine Schranke hält er für nicht sinnvoll, die würde schnell zerstört sein.

Herr Pörschke bittet den Beirat, das Ortsamt zu bitten, den Dialog zu vertiefen und eine Lösung zu suchen, die für die handelnden Akteure praktikabel und akzeptabel ist.

Es wird verabredet, dass sich alle Betroffenen, also WfB, Feuerwehr, Polizei und der Museumshafenverein MTV Nautilus gemeinsam an einen Tisch setzen um eine Lösung zu finden. Das Ortsamt wird zu diesem Gespräch einladen.

Tagesordnungspunkt 4
Bebauungsplan 1247 – Aumunder Wiesen
Abgabe einer Stellungnahme des Beirates als Träger öffentlicher Belange

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Lemke von der Firma Baumgart und Partner der den Bebauungsplan nochmals vorstellen wird und Herrn Kreikenbaum von der Firma Kreikenbaum und Partner, der etwas zur Grünordnung sagen wird. Herr Donaubauer, Leiter des BBN, ist leider erkrankt und lässt sich entschuldigen. Außerdem begrüßt er die beiden Bürgerschaftsabgeordneten, Frau Neumeyer und Frau Dr. Schäfer.

Der Vorsitzende erklärt den bisherigen Werdegang des Planungsprozesses. Er erinnert an die öffentlichen Beratungen im Juni und September 2014 sowie die Einwohnerversammlung im Oktober 2014, in der alle Anwohner die Gelegenheit hatten, sich einzubringen. Anschließend gab es die Möglichkeit, schriftliche Eingaben abzugeben, von der auch Gebrauch gemacht wurde. Am 5. Februar hat sich die Baudeputation mit dem Bebauungsplan befasst und diesem zugestimmt. Am heutigen Abend findet die Befassung des Beirates als Träger öffentlicher Belange mit diesem Bebauungsplan statt. Die Zuhörer vom Beirat werden gebeten, sich auf neue Fragen und Statements zu beschränken. Anschließend liest er einen Brief von Herrn Donaubauer vor, in dem er eine Stellungnahme abgibt.

Herr Lemke erläutert gemeinsam mit Herrn Kreikenbaum den Bebauungsplan. Die wichtigsten Bebauungsplanänderungen sind u.a. die Reduzierung auf 41 Wohneinheiten und dass nur Einfamilienhäuser gebaut werden dürfen. Es erfolgte eine Festlegung von Mindestgrundstücksgrößen von 500 m² und eine Festlegung der Tiefe der Baufelder auf 12 m. Höchstens 40% eines Grundstücks darf bebaut werden. Es dürfen keine 2 Vollgeschosse gebaut werden, die Traufhöhe liegt bei 6,50 m, die Firsthöhe bei 9,50 m. Die Straße wird als eine Mischverkehrsfläche angelegt und wird ein verkehrsberuhigter Bereich. Die Fahrbahn wird eine Breite von 4,50 m breit sein, in der „Nasen“ zum Parken angelegt werden. Außerdem ist ein Regenrückhaltebecken in der Größe von 1000 m² geplant, ein Entwässerungskonzept wird dazu erstellt.

Die meisten Bäume werden stehen bleiben, einige abgängige Bäume müssen gefällt werden, die jedoch nachgepflanzt werden müssen. Das gesamte Grundstück wird mit einem 3 m breiten Gehölzsaum umrahmt. Möglichst viel der vorhandenen Vegetation soll erhalten bleiben. Entlang der Straßen werden 55 Bäume und 860 Meter Hecken gepflanzt. Es werden in dem Gebiet 1845 m² Vorwaldhecken angelegt. Die Abgänge werden damit mehr als ersetzt.

Herr Kiener erkundigt sich, ob die Entwässerung der bestehenden Bebauung auch über die Becke erfolgt.

Herr Lemke erklärt, dass die Entwässerung nicht über das Plangebiet läuft.

Herr Kiener befürchtet Überschwemmungen in einem Teil der Bebauung in der Beckstraße.

Herr Lemke erwidert dazu, dass deshalb das Regenrückhaltebecken eingeplant wurde und ein entsprechendes Entwässerungskonzept erarbeitet werden muss.

Herr Beringer erkundigt sich nach der Beschaffenheit der Zufahrt über die Meinert-Löffler-Straße.

Herr Lemke erklärt, dass es eine bordfreie schmale Straße wird, die rechts und links grün gestaltet wird.

Herr Buchholz wundert sich, dass die Beiratskollegen nicht nach der Zuwegung zu dem Baugebiet fragen und dass auf allen Zeichnungen nur noch von der Osterschließung ausgegangen wird. Er appelliert dafür, dass die Norderschließung die einzig vernünftige Art

der Erschließung ist, weil die Aumunder Weidestraße nicht dem ständigen Verkehrsfluss unterworfen ist und kein Radweg verlegt werden muss.

Herr Lemke erklärt, dass alle Varianten geprüft wurden. Nord- und Ostvariante beinhalten, dass an bestehenden Gärten und Anwohnern vorbei gefahren werden muss. Die nördliche Variante führt über privates Bauland, während die geplante Fläche für die Zufahrt über die Meinert-Löffler-Str. eine Grünfläche und öffentliches Eigentum ist. Hinzu kommt, dass das Bundesverwaltungsgericht ein Urteil gefällt hat. Dort heißt es, dass bei Erschließung eines Baugebietes vorrangig öffentlicher Grund genutzt werden muss. Außerdem müsste der Eigentümer des Grundstückes im Norden sein Land für den Bau der Straße auch verkaufen.

Herr Kiener widerspricht Herrn Buchholz deutlich, er sieht die Ideallösung in der Zuwegung über die Meinert-Löffler-Straße. Er hält den Entwurf für sehr gelungen.

Herr Pörschke erinnert daran, dass die verschiedenen Varianten auf früheren Planungen der bremischen Verwaltung basieren. Die Frage der Verkehrssicherheit in Bezug auf die Meinert-Löffler-Straße und der Aumunder Weidestraße kann durchaus unterschiedlich bewertet werden. Die Anwohner konnten auf Grund der früheren Beschlussfassungen nicht annehmen, dass ein einstmals möglicher Fußweg nun zu einer Hauptzufahrtsstraße für eine Vielzahl von Automobilen wird. Das Recht, einen schönen Garten zu haben und die eigenen Pflanzen pflegen zu können, muss den Menschen, die dort schon seit vielen Jahren wohnen, weiterhin zugestanden werden. Dort darf keine Straße gebaut werden. Er kommt für sich zu der Aussage, dass die Ost-West-Anbindung weggelassen werden sollte, die einzig vernünftige Anbindung geht über den Norden.

Herr Degenhard ist beeindruckt von der Professionalität, wie an den Bebauungsplan herangegangen wurde und wenn die Problematik der Zuwegung nicht wäre, würde er dem Plan zu 100 Prozent zustimmen. Bei der letzten Abstimmung hat er für die Nord-Zuwegung gestimmt, weil er nicht wortbrüchig werden wollte. Er hält aber die Ost-Zuwegung objektiv für die bessere Lösung, daher befindet er sich in einem Dilemma.

Frau Sprehe ist überzeugt, dass dort ein ganz tolles Wohngebiet entstehen wird. Sie erinnert daran, dass bei der Zuwegung Meinert-Löffler-Straße immer nur von einer Zuwegung gesprochen wurde und nicht speziell von einem Fuß- und Radweg. In den Verträgen mit der Stadt ist festgeschrieben, dass die Anwohner die kostenlos genutzten Grundstücke ohne Anspruch auf Entschädigung wieder abgeben müssen, wenn die Stadt sie benötigt. Sie kann den Ärger der Anwohner, die sich mit Ihren Gärten auf dem städtischen Grundstück eingerichtet haben, verstehen. Andererseits konnten die Anwohner nie damit rechnen, dass sie die Grundstücke behalten dürfen.

Außerdem wurde bei Anlage der Maddo-Clüver-Straße mit seinen rund 20 Wohneinheiten auch kein verkehrliches Problem in Zusammenhang mit der Meinert-Löffler-Straße gesehen. Die Einmündungen der beiden Straßen hält sie für vergleichbar. Sie betont, dass die Deputation dem vorliegenden Plan zugestimmt hat und dieser jetzt besprochen wird. Die weiteren Zuwegungen stehen nicht mehr zur Debatte.

Herr Tienken fragt nach einem Bodengutachten.

Herr Lemke erklärt, dass ein Bodengutachten erstellt wurde. Aufgrund der Bodenbeschaffenheit würde sich Stauwasser sammeln, darum wurde das Regenrückhaltebecken sowie das Entwässerungskonzept geplant.

Herr Scharf fragt, ob im schlimmsten Notfall auch jemand über die Zuwegung Beckstraße in das Gebiet kommen könnte, falls die Zuwegung Meinert-Löffler-Straße blockiert sein sollte.

Herr Lemke erklärt, dass im Notfall die Feuerwehr den Weg nehmen könnte.

Herr Scharf erklärt noch mal für alle, dass an diesem Abend über die vorliegende aktuelle Planvorlage abgestimmt werden soll. Er gibt zu, früher auch Bedenken zur Erschließung über die Ostvariante hatte. Wenn er sich jedoch den Plan anschaut, stellt er fest, dass bei

Erschließung über die Nordvariante noch mehr Anwohner betroffen sind. Er wird sich bei
darum bei der Abstimmung für den vorliegenden Plan entscheiden.

Bürger 2 erklärt, dass es hinter seinem Grundstück eine ca. 2,50 m tiefe Abrisskante zum
Baugelände gibt und fragt, wie das Problem gelöst werden soll. Diese Abrisskante wird zu
einer Rampe werden. Man kann die Straße nicht einsehen, wenn man mit Schwung über
diese Rampe fahren möchte. Er hält diese Problematik für ein starkes Argument gegen eine
Zuwegung über die Meinert-Löffler-Straße.

Herr Lemke kann dazu noch nichts sagen, die unterschiedlichen Höhenmeter wurden
gutachterlich erfasst, das ist später Sache der weiteren Ausführungsplanung. Auf Ebene des
Bebauungsplans wird so etwas noch nicht festgelegt. Herr Lemke ist aber sicher, dass dieses
Problem gelöst wird, denn auch in Süddeutschland werden solche Gebiete bebaut und
verkehrsplanerisch bearbeitet.

Bürger 2 erklärt außerdem, dass die Entscheidung des Bundesgerichtshofes nicht pauschal
angewendet werden kann, dem muss immer ein Sachverhalt entgegenstehen.

Die Ausführungen des ASV hält er für falsch.

Bürger 2 bemängelt, dass er noch nichts zu seiner Rüge gegen das Bremer
Informationsgesetz gehört hat und gegen das Bremer Informationsfreiheitsgesetz verstoßen
wurde. Die Anwohner hatten innerhalb der Vierwochenfrist Einsichtnahme in die Gutachten
gefordert, diese wurde den Anwohnern bisher verwehrt.

Der Vorsitzende sagt zu, dass die Beschwerde an das Bauamt weiter geleitet wird.

Herr Kleinschmit fragt nach dem Gutachten über den Fledermausflug.

Herr Lemke erklärt, dass viele Gutachten noch gar nicht fertig waren, als die
Einwohnerversammlung durchgeführt wurde. Bis dahin gab es ja auch nur einen Vorentwurf.
Die Gutachten werden ausgelegt, wenn der Entwurf ausgelegt wird.

Die Fledermausuntersuchungen fanden von Frühjahr bis November statt. Auch dieses
Gutachten wird mit der öffentlichen Auslegung des Entwurfs erfolgen. Die Auslegung findet
vom 23. Februar bis 23. März statt.

Herr Kleinschmit erklärt, dass er gerne die vorherigen Gutachten, die zu den Planungen
führten, gesehen hätte.

Dazu kann Herr Lemke nichts sagen.

Herr Baumgart erklärt, dass 1200 Bürger mit ihrer Unterschrift manifestiert haben, diesen
„Friedhofspark“ behalten wollen und gegen eine Bebauung dieses Bereiches sind.
Außerdem erkundigt er sich nach dem Unterschied zwischen Flächennutzungsplan und
Bebauungsplan.

Herr Lemke erklärt, dass der Flächennutzungsplan sich über die gesamte Stadt erstreckt,
während der Bebauungsplan einzelne „Parzellen“ behandelt. Im Flächennutzungsplan ist hier
z.B. der Baumbestand aufgenommen worden und wurde im Bebauungsplan im Rahmen der
Gestaltungsfestsetzung übernommen.

Bürgerin 3 fragt, warum nie die Nordvariante vorgestellt wurde.

Herr Lemke erklärt, dass in der Beiratssitzung alle drei Varianten vorgestellt und intensiv
diskutiert wurden.

Bürgerin 3 ist der Meinung, dass auf dem Grundstück eine Mülldeponie war und fragt nach
Restwerten.

Herr Lemke kann dazu nichts sagen. Einige Beiratsmitglieder erklären dazu, dass an der
Stelle nie Müll abgelagert wurde.

Bürgerin 3 erkundigt sich, was mit dem verbleibenden Keilgrundstück passiert.

Herr Lemke erklärt, dass den Anliegern dieses Grundstück angeboten wird. Wenn niemand
das Land kaufen will, bleibt es ungenutzt.

Bürgerin 3 erkundigt sich nach der Bushaltestelle am Kreisel.

Der Vorsitzende erklärt, dass Bußhaltestellen nicht Gegenstand eines Bebauungsplanes sind, weil ansonsten bei Verlegungen von Bußhaltestellen ganze Bebauungspläne geändert werden müssten.

Bürgerin 4 ist betrübt, dass die Planungen schon so weit fortgeschritten sind und dass die Anbindung an die Meinert-Löffler-Straße erfolgen soll. Sie hatte gehofft, dass sich dort die fußläufige Anbindung ergeben würde. Auf diese Anbindung haben viele Bürger lange gewartet, sodass man zu Fuß den Friedhof über diese Fläche erreichen kann. Sie muss nun feststellen, dass nur noch grüne Flecken übrig bleiben und das öffentliche Grün auf eine kleine Fläche reduziert wurde. Die Bürger verlieren öffentliches Grün. Das neue Wohnquartier wird ein Wohnghetto und das öffentliche Interesse wird nicht mehr gewahrt. Die Bürger haben ein Anrecht, den Friedhof über dieses Gebiet zu erreichen.

Herr Lemke erklärt, dass der Friedhof zukünftig über die Beckstraße fußläufig erreicht werden kann. Die Fläche, die jetzt als Kompostierfläche genutzt wird, sieht er nicht als Erholungsfläche und er glaubt auch nicht, dass dort viele Menschen Erholung suchen. Bisher muss man über den Friedhof gehen, um an diese Fläche zu kommen.

Bürgerin 5 erkundigt sich, ob die Straße eine öffentliche Straße oder ein Privatweg wird. Herr Lemke erklärt, dass es eine öffentliche, verkehrsberuhigte Straße werden soll.

Bürger 3 glaubt, dass das Gutachten des ASV falsch ist und zweifelt es an. Die Abrisskante an seinem Grundstück wurde nicht berücksichtigt. Er bittet darum, dass alle Beteiligten sich die Gegebenheiten vor Ort anschauen.

Herr Lemke erinnert, dass die Erschließungsfrage eine von vielen ist. Zur Bewertung der Situation müssen außerdem rechtliche und städtebauliche Fragen berücksichtigt werden. Bei einer Erschließung über den Norden sind noch mehr Anwohner betroffen, es handelt sich dort um Bauland und ökologisch ist es ungünstiger, weil mehr Fläche verbraucht wird. Es wurden alle Kriterien bewertet und in der Summe ist das Bauamt zu der Entscheidung gekommen, dass die Erschließung über die Meinert-Löffler-Straße die bessere ist.

Der Vorsitzende erinnert, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung Eingaben zu dem Bebauungsplan gemacht werden können. Jetzt ist aber der Beirat dran, als Träger öffentlicher Belange hier vor Ort eine Stellungnahme abzugeben.

Bürgerin 3 beklagt, dass das Protokoll der Einwohnerversammlung ihrer Meinung nach zu spät ins Internet gestellt wurde.

Der Vorsitzende erklärt, dass keine Verpflichtung besteht, Protokolle im Internet zu veröffentlichen. Er stellt fest, dass sämtliche Bedenken und Anregungen an den Träger des Verfahrens, das Bauamt Bremen-Nord, weiter gegeben wurden.

Bürgerin 3 beantragt, dass der Beirat den Antrag stellt, dass die Deputierten und der Beirat gemeinsam eine Ortsbegehung durchführen.

Frau Dr. Schäfer erklärt, dass sie eine inhaltliche Frage hat, weil es in der Deputationssitzung nicht zu einer Präsentation gekommen ist und sie keine Gelegenheit hatte, ihre Fragen an Herrn Lemke zu stellen.

Einige Beiratsmitglieder äußern ihren Unmut darüber.

Herr Degenhard respektiert die Bemühungen der Bürger, die Zuwegung über den Norden durchzusetzen. Das Hauptargument wäre für ihn, dass den Anliegern vor vielen Jahren versprochen wurde, dass es nur eine fußläufige Zuwegung zur Meinert-Löffler-Straße geben würde.

Herr Pörschke stellt den Antrag, dem Bebauungsplanentwurf 1247 zuzustimmen, mit der Abweichung, dass die Erschließung nicht über die Ostvariante (Meinert-Löffler-Straße), sondern über die Nordvariante (Aumunder Weidestraße) erfolgt.
6 Stimmen dafür, 8 Stimmen dagegen, 2 Enthaltungen, somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt anschließend den Antrag, dem vorliegenden Bebauungsplanentwurf 1247 zuzustimmen.

8 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen, somit wurde dem Bebauungsplan 1247 zugestimmt.

Frau Dr. Schäfer erkundigt sich, ob es eine realistische Option gewesen wäre, über die Nordvariante zu erschließen, weil das dafür notwendige Grundstück im Privatbesitz ist. Herr Lemke erklärt, dass es für die Nordvariante keinen Erschließungsträger gibt und die Grundstücke dafür nicht zur Verfügung stehen.

Tagesordnungspunkt 5

Sachstand Markthalle

Der Vorsitzende liest ein Schreiben der AVB Immobilien vor.

Der erhoffte Erfolg hat sich noch immer nicht eingestellt, die AVB bemüht sich weiterhin um eine gastronomische Nutzung.

Herr Buchholz erinnert, dass die Markthalle nunmehr seit 7 Jahren steht, und in all den Jahren noch keine vernünftige Nutzung erfolgte. Er erinnert daran, dass die Halle einmal sehr gut konzipiert wurde. Sie sollte über zwei Ebenen verfügen und gegenüber dem Gerhard-Rohlf-Geburtshaus sollte eine derbe Marktkneipe betrieben werden. All das ist nicht eingetreten, im hinteren Teil ist eine „Schleckerfiliale“ entsorgt worden und auch im vorderen Teil kann man nicht von „Lebendigkeit“ sprechen. Der Wirtschaftssenator ist in der Pflicht, die Sache zu Ende zu führen, notfalls auch ein Ende mit Schrecken.

Herr Kiener hält ein Ende mit Schrecken für die letzte Möglichkeit. Er bestätigt, dass viele Vorschläge gemacht wurden, glaubt aber auch nicht, dass die Gesellschaft die Räume absichtlich leer stehen lässt. Für die mangelhaften Verträge kann die AVB nichts, die haben andere erstellt. Es muss sich jemand finden, der bereit ist, das finanzielle Risiko zu tragen. In Vegesack fehlt es an Kaufkraft, um Geschäfte gründen zu können.

Herr Beringer glaubt nicht, dass je eine andere Stellungnahme von der AVB kommen wird. Er möchte, dass mit dem gleichen Elan, wie das Vorkaufsrecht Grohner Düne vorangetrieben wurde, an die Markthalle heran gegangen wird. Das Gebäude ist in einem schlechten Zustand, er hält das Gebäude für abgängig. Auch er appelliert an die Politik dort einzugreifen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Tagesordnungspunkt 6

Anträge und Anfragen der Parteien

Es liegen keine Anträge vor.

Tagesordnungspunkt 7

Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Reparatur des Fußweges Bramheide

Das ASV schreibt, dass die Gehwege geprüft wurden und sich in einem verkehrssicheren Zustand befinden. Von Fußgängern wird jedoch erwartet, ihre Gehweise auf die Gegebenheiten einzustellen.

Die öffentlichen Verkehrsflächen werden in einem 4-wöchigen Rhythmus geprüft und aktuell wurden keine Schäden festgestellt.

Fußgängerüberweg Hammersbecker Straße

Das AVS erinnert an seine Antwort vom 22.10.2010, in dem die Ablehnung des Antrages begründet wurde. In dem Schreiben hieß es u.a. dass die Breite der Straße nicht für eine Mittelinsel ausreicht und daher kein Zebrastreifen angelegt werden kann.

Herr Scharf, Frau Sprehe und weitere Beiratsmitglieder sind empört über die Antworten des ASV.

Der Vorsitzende schlägt vor, beide Vorgänge im Verkehrsausschuss zu beraten und im Rahmen eines Ortstermins das ASV dazu einzuladen. Der Beirat stimmt dem zu.

Tagesordnungspunkt 8 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Sprehe teilt mit, dass in der Bürgersprechstunde wieder einige Bürger vorgesprochen haben. Es ging um ÖPNV- Verbindungen, die Belegung des Flüchtlingsheimes und um den Winterdienst.

Die nächste Bürgersprechstunde findet am 25.2.2015 statt.

Außerdem teilt sie mit, dass am 18.2.2015 eine Beirätekonferenz stattfindet.

Tagesordnungspunkt 9 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Pörschke bittet dringend darum, auf das Niveau der Beirats-Diskussion zu achten und appelliert an alle Anwesenden, „Altherrenwitze“ zu unterlassen, damit ungehörige Entgleisungen nicht mehr vorkommen.

Der Vorsitzende schließt sich der Bitte an, er bedauert, dass er nicht sofort eingeschritten ist. Er hat diese Äußerung jedoch nur beiläufig zur Kenntnis genommen und war schon auf eine andere Sache fokussiert.

Es liegen keine weiteren Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22:00 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin